

die Religionsfakultas kein Grund dafür sein dürfe, die Lehrbefähigung für das – auch unter anderen Bezeichnungen firmierende – Fach Ethik nicht erwerben zu können beziehungsweise keinen Ethikunterricht erteilen zu dürfen. Eine solche Ausschlußregelung könnte schließlich nur dadurch begründet werden, daß das Fach Ethik nach staatlich festgelegten weltanschaulichen Grundsätzen unterrichtet werden solle, die mit dem Christentum unvereinbar sind. Dies aber wird in keinem Bundesland gefordert. S. O.

Dringlich

Die Unionsparteien, ihr „C“ und die Kirchen

Seit der hessischen Landtagswahl am 7. Februar sieht die CDU wieder das sprichwörtliche Licht am Ende des Tunnels: Überraschend hoher Stimmenzuwachs inklusive eines guten Abschneidens bei Jung- und Erstwählern, Ablösung einer rot-grünen durch eine gelb-schwarze Landesregierung, Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zuungunsten der Bonner Koalition, Ritterschlag für *Wolfgang Schäuble* als den neuen Parteivorsitzenden. Noch vor dem Bundesparteitag in Erfurt, der vor allem der programmatischen Erneuerung bzw. Profilierung dienen soll, beginnt der große Wahlverlierer vom 27. September 1998 wieder Tritt zu fassen.

Tatsächlich hat die Hessenwahl gezeigt, daß auch die CDU von der Flexibilisierung des Wahlverhaltens profitieren kann, dem die SPD ihren spektakulären Wahlerfolg bei der letzten Bundestagswahl verdankt. In den neuen Bundesländern, wo die CDU am 27. September 1998 besonders hohe Verluste einfuhr, gibt es ohnehin kaum Stamm- bzw. Traditionswählerschaft für die west-

deutschen Parteien; aber auch in der alten Bundesrepublik hat die Zahl der potentiellen Wechselwähler so sehr zugenommen, daß verlorene Prozente bei einer Wahl schon bei der nächsten durchaus wieder zurückgeholt werden können.

Die CDU wäre allerdings schlecht beraten, würde sie sich vor allem darauf verlassen, daß ihr die Macht in den Ländern und dann auch im Bund durch die Gunst der Stunde und entsprechende kurzfristige Mobilisierungseffekte wieder zufällt. Nicht zuletzt die parteiinternen Auseinandersetzungen um die Unterschriftensammlung gegen eine generelle Inkaufnahme einer doppelten Staatsbürgerschaft waren bzw. sind ein unmißverständlicher Beleg dafür, was der Partei an Positionserklärungen und Richtungsentscheidungen noch bevorsteht.

Wird etwa die CDU auch nach der Ära des Kanzlers und Parteivorsitzenden *Helmut Kohl* die „Europa-Partei“ bleiben oder wird sie sich stärker Strömungen und Stimmungen öffnen, die beispielsweise vor den Risiken der EU-Osterweiterung warnen? Wie schafft sie den Spagat zwischen entschiedener Bejahung von technisch-wissenschaftlicher Innovation einerseits und Beschwörung verlässlicher Bindungen an Herkunft und vertraute Lebenswelt andererseits?

Wie weit kann die Union bei der vielfach angemahnten Öffnung für gesellschaftlich-kulturelle Veränderungen gehen, ohne ihre zwar abgeschmolzenen, aber nach wie vor unentbehrlichen Traditionsmilieus zu sehr vor den Kopf zu stoßen? Wie werden sich in den kommenden Jahren die Gewichte zwischen Wirtschaftsliberalen, Nationalkonservativen, klassischen Sozialstaatlern und entschiedenen Modernisierern in der Union austarieren und welche Mischung aus diesen und anderen Strömungen in dieser großen Volkspartei wird ihr Gesicht prägen?

Bei allen diesen Fragen kommt früher oder später das „C“ im Parteinamen ins

Spiel. Es gehörte denn auch zum festen Standard der meisten Interviews zur Zukunft der Union nach der verlorenen Bundestagswahl, daß deren jeweils befragte Führungskräfte die Unverzichtbarkeit des christlichen Menschenbilds für Programmatik und praktische Politik der C-Parteien bekräftigt haben.

Aber was besagt das auf dem Hintergrund weiterer Säkularisierung und religiöser Pluralisierung?

Das weitere Schicksal des „C“ bei den deutschen Christdemokraten hängt vor allem davon ab, daß und wie sich die ihrer Kirche verbundenen und im Glauben verwurzelten Christen in CDU bzw. CSU zu Wort melden, für ihre Anliegen werben und sie im innerparteilichen Disput um Prioritäten und Programme offensiv, aber immer auch gesprächsbereit vertreten. Christliche Präsenz in einer Volkspartei ist nicht an das Fortbestehen der klassischen vor allem katholischen Milieus gebunden, so wichtig diese für Entstehung und Erfolg der Unionsparteien einmal waren. Entscheidend ist vielmehr, daß es auch weiterhin Männer und Frauen unter den Mitgliedern und Funktionsträgern der Unionsparteien gibt, die diese bei entsprechender Gelegenheit an ihre Verpflichtung auf das christliche Menschenbild erinnern.

Die Kirchen wiederum müssen grundsätzlich für alle Parteien und politischen Gruppierungen offen sein, die das Gespräch mit ihnen suchen. Zusammenarbeit im Interesse des Gemeinwohls und ersprießliche Regelungen zwischen Kirche und Staat haben allemal Vorrang. Aber es kann die Kirchen nicht gleichgültig lassen, wie die Parteien, die sich programmatisch und aus ihrer Tradition ausdrücklich zum Christlichen bekennen, mit diesem selbstgesetzten Anspruch zurechtkommen und wie sie ihn umzusetzen versuchen. Deshalb sollten entsprechende Kontakte weiter gepflegt und abgerissene Gesprächsfäden wieder aufgenommen werden – im beiderseitigen Interesse. U. R.